



Geschäftsführerin Hannah Freudenstein

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Fon: 06421-163873
Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Januar 2023

Gedenkminute anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz – Neue Stellplatzsatzung als zahnlöser Tiger? – Wiedereröffnung der Verwaltungsaußenstellen unbestimmt – Ausweitung des Gewerbegebiets Görzhäuser Hof – Finanzielle Rahmenplanung bis 2030

Mit einer intensiven Sitzung startete die Stadtverordnetenversammlung in der Evangeliumshalle Wehrda ins neue Jahr. Zu Beginn der Sitzung erinnerte die Stadtverordnetenvorsteherin Elke Neuwohner an den 78-ten Jahrestages der Befreiung des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz, an die Opfer des Holocaust und mahnte alle Demokrat*innen, dass das Terrorregime der Nazis und deren Schreckenstaten sich nicht wiederholen dürfen. Die Sitzung begann mit dem regelmäßigen Bericht des Ausländerbeirats. Die Vorsitzende Sylvie Cloutier, die stellvertretende Vorsitzende Sareh Darsaraee sowie Nirmal Singh Hanspal, hoben besonders ihre gut angenommene Sprechstunde hervor, die sie nun wieder persönlich anbieten können. Weiterhin bedanken sie sich bei den Stadtverordneten für ihre Unterstützung. In einem bewegenden Appell verwies die Iranerin Sareh Darsaraee auf den demokratischen Widerstand im Iran und hob die Notwendigkeit internationaler Solidarität hervor.

Die kleine Schraube am großen Klimanotstand: Stellplatzsatzung

Die erste Aussprache des Tages drehte sich um die Änderung der Stellplatzsatzung, einem Lieblingsthema der Klimaliste. Die Koalition brachte eine Änderung ein, die künftig die Pflicht zur Bereitstellung von Parkplätzen bei Neu- und Anbauten aufhebt und damit den unvermeidlichen Zuwachs flexibler gestaltet, ja sogar eindämmen könnte. Für die Marburger Linke erklärte Renate Bastian dazu, dass dies vor dem Hintergrund des Klimanotstandes ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sei. Damit er wirksam werden kann, braucht Marburg ein umfassenderes Verkehrskonzeptes. Dazu gehört eine Reduzierung des PKW-Verkehrs durch einen gut ausgebauten, verlässlichen und preiswerten ÖPNV – wie es momentan in Marburg noch nicht der Fall ist. Falls die Satzung aber nur dazu führt, dass große Bauherren die Gelder für Parkplätze einsparen, wird der ungebremste PKW-Verkehr weiter in den öffentlichen Raum drängen. Dass eingesparte Baukosten auch zu niedrigeren Mieten führen – das glaubt allein die Klimakoalition. Die Fraktionsvorsitzende Tanja Bauder-Wöhr wiederum erkannte zwar an, dass die Satzung gut eignet sei, Fahrradabstellplätze sicherzustellen und zu Jobtickets anzuregen. Als klaren Widerspruch zu den Zielen der neuen Satzung wies sie aber darauf hin, dass mit dem Sparkassenneubau beim Südbahnhof 300 neue Parkplätze geplant sind mit entsprechenden Auswirkungen durch verstärkten PKW-Verkehr. Und dass, obwohl das Gelände durch Bus und Bahn gut angebunden ist.

Rahmeninvestitionsprogramm bis 2030

Trotz der Krisenjahre steht Marburg finanziell gut da, wie Miguel Sanchez für die Marburger Linke in seinem Beitrag erinnert. So gut, dass auf Drängen BionTech gar die Gewerbesteuer gesenkt wurde und für die Stadt jetzt trotzdem ein erklecklicher Betrag, eine Sonderabgabe, überblieb, der investiert werden soll. Grundsätzlich ist es richtig, dass mit Geldbeträgen in dieser Millionenhöhe umgegangen wird. Was die regelmäßige Überprüfung dieser Investitionen betrifft, wird die Marburger Linke gerne nachhaken, denn es fallen zu viele dieser schönen Pläne und es folgen zu wenig Taten. So steht bspw. der Nulltarif im Nahverkehr für Stadtpassinhaber*innen im Koalitionsvertrag, aber nicht im Finanzplan. Gerade als Stadt auf dem Weg zur Klimaneutralität und als Stadt für alle ist dies nicht hinnehmbar.

Der Görzhäuser Hof, Industrieansiedlung und Klimaschutz

Tanja Bauder-Wöhr verwies in ihrer Rede darauf, dass bereits 2016 ein erster Beschluss ins Klimagutachten Stadtparlament zur Änderung des Bebauungsplanes gestellt wurden, die von der Marburger Linken mitgetragen wurden. Dann hat die Stadt Marburg 2019 den Klimanotstand ausgerufen und einen Klimaaktionsplan beschlossen. In den konkreten Umsetzungen finden die neuen Entwicklungen keinen Widerhall. Die Stadt hat zwar eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Daten werden aber nicht öffentlich bereitgestellt. Auch das Argument der Klimakoalition für Flächen-Recycling in diesem Gebiet zieht nicht, denn es werden neue Waldflächen gerodet, zum Beispiel für ein PKW-Parkhaus. Darüber hinaus sind die enormen Verkehrsprobleme alles andere als gelöst. Für die Marburger Linke kam daher nur eine Ablehnung der drei Vorlagen in Frage.

Schließung der Verwaltungsaußenstellen Cappel, Marbach, Wehrda dauert an

Bereits im vergangenen November machte die Marburger Linke mit einem Dringlichkeitsantrag darauf aufmerksam, dass die Schließung der Verwaltungsaußenstellen im Sommer des letzten Jahres für die Bürger*innen der Stadt eine wenig tragbare Situation darstellt – Ortsbeiräte und Bürger*innen beschwerten sich massiv. Nun stand das Thema regulär auf der Tagesordnung und Roland Böhm, Vorsitzender des Sozialausschuss wollte wissen, warum immer noch keine Abhilfe geschaffen sei. Der Magistrat führte als Begründung für die Einschränkungen bislang an, dass es zu kurzfristigen Personalnotständen gekommen sei. Die Marburger Linke ist selbstverständlich solidarisch mit allen Angestellten und drängt auf Neueinstellungen. Wenn nach so vielen Monaten noch keine Verbesserung eingetreten sei, so Böhm, müsse man auch strukturelle, organisatorische und Führungsprobleme vermuten. Die Mehrheit der Stadtverordneten teilte den Antragstenor der Marburger Linken in Bezug die Notwendigkeit der Wiedereröffnung der Außenstellen, konnte sich aber bei Zeitpunkt zu einem unverbindlichen „so bald als möglich“ durchringen.

Ohne Debatte beschlossen: • Neufassung der Anlagerichtlinie der Universitätsstadt Marburg: angenommen gegen die Stimmen der Marburger Linken, der Piratenpartei sowie des Stadtverordneten Götting • Wirtschaftsplan 2023 der Stadtwerke Marburg GmbH sowie die Entwicklung und Vermarktung eines interkommunalen Gewerbegebiets im Industriegebiet „Spiegelshecke“ in Lahntal-Goßfelden zwischen der Universitätsstadt Marburg und der Gemeinde Lahntal werden einstimmig angenommen • Der Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion zu Politischer Bildung & Medienbildung wird trotz Zustimmung der Marburger Linken mehrheitlich abgelehnt.

Freundliche Grüße von der Fraktion Marburger Linke

Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Anja Kerstin Lercher-Meier, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm